



Bundeskanzlerin Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str 1
10557 Berlin
Deutschland

Brüssel, 14.7. 2011

Offener Brief: Europa-Abgeordnete sollten das demokratische Recht haben, über ihren Tagungsort zu entscheiden

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

im Europäischen Parlament gibt es jetzt eine absolute Mehrheit für einen einzigen Sitz des Europäischen Parlaments. Nach der Abstimmung über den mehrjährigen Finanzrahmen am 8. Juni wurde protokolliert, dass sich die Abgeordneten mit einer absoluten Mehrheit (373-285) für folgende Aussage entschieden haben: "Es könnten erhebliche Einsparungen erreicht werden, wenn das Europäische Parlament einen einzigen Sitz hätte." Diese absolute Mehrheit - ebenso wie die Abstimmung im März 2011 über den Sitzungskalender 2012/2013 - verändern den Fokus der Debatte um die verschiedenen Arbeitsorte des Europäischen Parlaments auf entscheidende Weise.

Wie Sie wissen sieht der EU-Vertrag vor, dass 12 monatliche Plenartagungen des Europäischen Parlaments in Straßburg abgehalten werden. Derzeit bedeutet das 48 Sitzungstage pro Jahr in Straßburg. Infolge unserer oben erwähnten Abstimmung, dass ab 2012 zwei Plenarsitzungen im Herbst in der gleichen Woche abgehalten werden sollen - um Zeit und Geld zu sparen, sowie die Umwelt zu schützen - werden es ab dem nächsten Jahr nur mehr 45 statt 48 Tage sein. Diese demokratische Entscheidung des Europäischen Parlaments wird derzeit von Frankreich beim Europäischen Gerichtshof in einem geschlossenen Verfahren angefochten.

Alle anderen Aktivitäten des Europäischen Parlaments finden in Brüssel statt (nur ein Teil der Verwaltung sitzt in Luxemburg). Die Ausschuss- und Fraktionssitzungen werden in Brüssel abgehalten und die meisten unserer MitarbeiterInnen arbeiten von Brüssel aus. In Brüssel befinden sich auch Rat und Kommission - die beiden anderen Institutionen, die dem Entscheidungen treffenden Dreieck der Europäischen Union angehören. In den letzten 50 Jahren hat sich Brüssel zur demokratischen Hauptstadt der Union entwickelt. Es ist Brüssel, wo die Unternehmen, NGOs, nationale, regionale und lokale Vertretungen, Verbände und Gewerkschaften ihre Büros angesiedelt haben. Es ist auch Brüssel, wo die europäischen Pressestellen ihr Zentrum haben, einschließlich aller nötigen technischen Einrichtungen.

Als das Europäische Parlament vor über 50 Jahren in Straßburg zu tagen begann, war es nur eine beratende Versammlung mit Teilzeit-Abgeordneten, die weder direkt gewählt wurden noch Entscheidungen trafen. Heute ist das Europäische Parlament auf gleicher Augenhöhe mit dem Ministerrat, wenn es darum geht, Gesetze zu verabschieden. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind Vollzeit-Gesetzgeber, die direkt von Europas Bürgerinnen und Bürger gewählt werden. Doch anders als bei nationalen Parlamenten, können - ja dürfen! - die Abgeordneten laut Vertrag nicht selbst entscheiden, wann und wo sie ihre Tagungen abhalten möchten.



Aktuelle Abstimmungen des Europäischen Parlaments sowie Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Abgeordneten fest davon überzeugt ist, dass das Europäische Parlament nur einen Sitz haben sollte: in Brüssel. Die niederländische und die britische Regierung haben diese Ansicht öffentlich unterstützt.

Mehr als 1,25 Millionen europäische Bürgerinnen und Bürger haben eine Online-Petition zu diesem Thema ("one seat") unterzeichnet.

Im Laufe der Geschichte hat eine ganze Reihe von Parlamenten den Umzug an einen anderen Ort entschieden und damit der geänderten politischen Realität Rechnung getragen: der US-Kongress übersiedelte von Philadelphia nach Washington, das Französische Parlament zog von Versailles nach Paris und der Deutsche Bundestag übersiedelte von Bonn nach Berlin. Wir glauben, dass im heutigen, modernen Europa das Europäische Parlament dasselbe Recht haben muss. Wir appellieren an Sie als deutsche Bundeskanzlerin, gemeinsam mit Ihren Kollegen im Rat, inklusive der französischen Regierung, Ihre Haltung in dieser Frage zu überdenken, sowie an einer echten Debatte teilzunehmen.

Alles, was wir verlangen ist, dass wir Europaabgeordnete in der Lage sein sollten, unsere demokratischen Rechte auszuüben und selbst entscheiden zu können, wann und wo wir tagen. Im Gegenzug sind wir bereit, die Stadt Straßburg beim Identifizieren von institutionellen und wirtschaftlich vorteilhaften Alternativen zu unterstützen.

Straßburg hat eine bessere Zukunft vor sich. Das Europäische Parlament ist weit über die Straßburger Dimension gewachsen, die mit der deutsch-französischen Versöhnung an der Wiege der Europäischen Union stand.

Es ist an der Zeit, eine geeignete Alternative zu finden, die den heutigen Realitäten besser entspricht.

Mit freundlichen Grüßen,

Alexander Alvaro, MdEP

Edward McMillan-Scott, MdEP

Ulrike Lunacek, MdEP